

Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Dem Rat wurden aufgeschlüsselt auf 11 Haushaltspositionen über und außerplanmäßige Ausgaben im Ergebnishaushalt in Höhe von insgesamt rd. 41.000 € vorgelegt. Beispielsweise haben der Gemeinderat und seine Auschüsse 2.248,52 € mehr Kosten verursacht als im Haushalt vor gesehen war. Der größte Posten mit über 22.000 € wurde für den Sportplatz nötig.

Die Kosten für Kinder, die nicht in den Barendorfer Kindergarten sondern in einen Kindergarten einer anderen Gemeinde gehen, lagen um 4.728,98 € über dem Haushaltsansatz. Aber auch für die Pflege öffentlicher Grünflächen wurden über 2.000 € mehr ausgegeben als im Haushalt bereit gestellt waren.

Im Investitionshaushalt waren es über 49.000 €, die nachträglich genehmigt werden mussten. Der größte Posten mit 29.000 € war für die Erneuerung des Drosselwegs und 9.266,43 € für den Lerchenweg notwendig geworden. Für die Bauplanung im Altendorf wurden Mehrausgaben von 8.620,30 € ausgewiesen. Für Parkbänke wurden 1.163,86 € über Plan ausgegeben.

Die außer- und überplanmäßigen Ausgaben wurden einstimmig beschlossen.

Spielplatz am Habichtweg

Die SPD-Fraktion hatte beantragt, den Spielplatz aufzulösen und das Gelände (rd. 2.500 qm) zur Bebauung freizugeben. Er wird nicht benötigt und ist eigentlich kein Spielplatz mehr. Es würden Unterhaltskosten eingespart und Einnahmen bei den Schlüsselzuweisungen des Landes erhöht. Ein kleiner Schritt zur Verbesserung der Finanzen.

In der Diskussion gab es harsche Gegenreden. Die CDU sah darin einen Verkauf von Tafelsilber. Ein Ratsmitglied vom Bürgerforum meinte, es erinnere ihn an einen Landwirt, der seine letzten Felder verkaufe. Das Bürgerforum will auf keinen Fall Grünflächen im Dorfzentrum verlieren. Vorschlägen wurde eine zusätzliche Bepfanzung als Naturerlebnisraum. Es gäbe keinen zusätzlichen Wohnraumbedarf.

Die SPD hielt dagegen, dass es in Barendorf mit seiner weitläufigen Bebauung wahrlich nicht an Grünflächen mangelte. Der SPD-Antrag wurde mit 6:4 Stimmen abgelehnt.

Anfragen

Die SPD hatte nach der Rolle des RA Nebelsieck beim Erörterungstermin zur A 39 nachgefragt. Die Fragen wurden vom Gemeindedirektor beantwortet. Ein Vertretungshonorar wurde danach nicht gezahlt.

V.i.S.P.: Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Gemeinderat Barendorf, Fraktionsvorsitzender: Siegfried Kubiaik, E-Mail: S.Kubiaik@t-online.de

AUS DEM RAT

Informationen der SPD-Fraktion Barendorf

Keine Geschwindigkeitsreduzierung auf der B 216 Barendorf hat jetzt eine Flage

24.04.2014

Angeblich würde sich der Gemeinderat im Vergleich mit anderen Gemeinden in einer „komfortablen“ Lage befinden, weil ihm bereits die geprüften Jahresabschreibungen 2009 und 2010 vorliegen.

Die Abrechnung 2013 werde erst vorgelegt, wenn dazu auch der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes vorliege. Der Gemeindedirektor berief sich auf eine Bestimmung im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG). Allerdings habe das Prüfungsamt mitgeteilt, dass eine Prüfung in absehbarer Zeit nicht erfolgen kann.

Die SPD-Fraktion kritisierte das Vorgehen, das sie nicht für akzeptabel hält und berief sich gleichfalls auf das NKomVG, wo nach der Rat zeitnah über wichtige Angelegenheiten zu informieren ist. Wie es in der Frage weiter gehen wird, blieb offen.

SPD

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde mit einer Änderung, die die SPD-Fraktion beantragt hatte, beschlossen.

Berichte

Berichte
Der Gemeindedirektor berichtete, dass der Haushalt geprüft worden sei. Es wurde beanstandet, dass der nicht ausgeglichen ist und zum Ausgleich keine Überschussrücklagen zur Verfügung stünden. Tatsächlich wären aber Überschussrücklagen gebildet worden. Insoweit läge das Rechnungsprüfungsamt falsch.

Die Arbeiten zur Sanierung der Schulstraße wurden begonnen. Die betroffenen Anwohner seien umfassend schriftlich informiert worden.

Der Bürgermeister berichtete, dass die Vereine und Verbände eine Tanzveranstaltung (Mai-Tanz) durchführen wollen. Die Gemeinde beteiligt sich daran und übernimmt 767,50 € für ein Kettenkarussell und die Musikpelle.

Hintergrund: Der Bürgermeister und sein Stellvertreter laden Verbände und Vereine mehr oder weniger regelmäßig zu Gesprächsrunden ein. Das sind nach Aussage des Gemeindedirektors keine offiziellen Aktivitäten der Gemeinde. Über diese Treffen wurde im Rat nie berichtet.

Fachausschüsse

Durch das Ausscheiden von Heidrun Meissner aus dem Rat waren die Fachausschüsse neu zu bilden. Sie waren in der letzten Ratsitzung wieder auf drei Mitglieder verkleinert worden. Nach interner Beratung benannte die SPD-Fraktion folgende Personen.

Für den Sozialausschuss Regina Wollschläger, für den Umwelt und Verkehrsrausschuss Fritz Decker und für den Kindergartenbeirat Ralf Ballay. Die wurden einstimmig bestätigt.

Flagge
Auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses wurde einstimmig die Flagge für Barendorf beschlossen. Sie hat in der Mitte das Gemeindewappen. Der Hintergrund ist in der oberen Hälfte blau und in der unteren golden.

Der Fraktionsvorsitzende des Bürgerforums fragte, wo die Flagge aufgehängt wird und wie die Bürger die Flagge verwenden können. Der Bürgermeister erklärte, dass sie an einen Fahnenmast am Sport- und Dorfgemeinschaftshaus kommt. Jeder könnte sich eine Flagge kaufen falls er das wolle.

Die Frage, wieviel Bürgerinnen und Bürger sich am Aufruf zur Gestaltung beteiligt haben wurde mit drei oder vier beantwortet.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD erklärte seinen Unmut über die neuerliche Diskussion zum Thema „Flagge“. Damit soll endlich aufgehört werden.

Die Entscheidung für eine Flagge erforderte, dass eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung erfolgt. Diese Änderung wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Versetzung des Ortsschildes

Die Gemeinde hatte beantragt, dass das Ortsschild an der B 216 in Richtung Barendorf versetzt wird. Das wurde von der Straßenverkehrsbehörde abgelehnt. Dagegen wurde zur Fristwahrung eine Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht.

Der Landkreis hat dagegen eingewandt, dass die Gemeinde überhaupt nicht klageberechtigt ist. Der Gemeindedirektor hat das Verwaltungsgericht um eine Rechtsauskunft gebeten. Die Vorberatung der Berufsrichter hat ergeben, dass die Einlassung des Landkreises richtig sei, weil

- die eigenen Rechte der Gemeinde nicht verletzt wären
- die Gemeinde nicht befugt ist, stellvertretend für ihre Bürger zu klagen.

Der Verwaltungsausschuss hat empfohlen, die Klage nicht weiterzuverfolgen.

Die CDU betonte in der Diskussion, dass es keinen Sinn mache, die Klage weiterzuführen. Sie fragte ob die Gemeinde Bürger, falls die Klagen wollen, dabei finanziell unterstützen könne. Der Bürgermeister wies diese Frage ab, weil es in der Sitzung nur darum gehe, ob die Klage zurückgezogen oder weiterverfolgt werde.

Die Fraktion des Bürgerforums kritisierte, dass der Landkreis in seinem Ablehnungsbescheid offensichtlich eine falsche Rechtsmittelbelehrung erteilte. Ansonsten war sie auch für die Rücknahme der Klage.

Der Vertreter der Grünen fragte nach den Kosten, wenn die Klage weiterverfolgt würde. Der Gemeindedirektor antwortete, dass diese Beträge nicht entscheidungsrelevant wären.

Die SPD-Fraktion wies darauf hin, dass im Falle der Klagerücknahme das Problem nach wie vor bestehen bleibt. Es könne jetzt nicht allein darauf ankommen, ob ein betroffener Bürger klagt. Der Rat müsse sich damit weiter befassten und überlegen, ob es noch andere Alternativen gibt. Das Ziel müsse nach wie vor die Reduzierung der Geschwindigkeit auf 50 km/h vor der Einfahrt Schulstraße sein.

Die Rücknahme der Klage wurde bei einer Stimmabstimmung einstimmig beschlossen.

In der Bürgerfragestunde nach Abschluss der Sitzung wurde dieses Thema auch angesprochen. Es gab zahlreiche Nachfragen. Der Unmut darüber, dass die Versetzung des Ortsschildes nicht erreicht werden kann, wurde deutlich. Der Bürgermeister sagte zu, dass die Rechtsauskunft des Verwaltungsgerichts im Internet veröffentlicht wird.